



SCHWALM-EDER-KREIS

Genehmigung von Biogasanlagen nach Baurecht

am Mittwoch, den 09. Dezember 2009
im Landwirtschaftszentrum Eichhof
in Bad Hersfeld

Referent:

Dipl.-Ing. Thomas Horn

Fachbereichsleiter

Bauaufsicht und Naturschutz

Inhalt :



- 1. Genehmigungserfordernis**
- 2. Baurechtliche Voraussetzungen**
 - 2.1 Bauplanungsrecht**
 - 2.2 Bauordnungsrecht**
- 3. Genehmigungsverfahren**





SCHWALM-EDER-KREIS

1. Genehmigungserfordernis

„Benötigt die Biogasanlage eine baurechtliche Genehmigung?“

„Ja!“
bauliche Anlage nach Hessische Bauordnung
die der Genehmigungspflicht unterliegt

Blatt 1 von 2

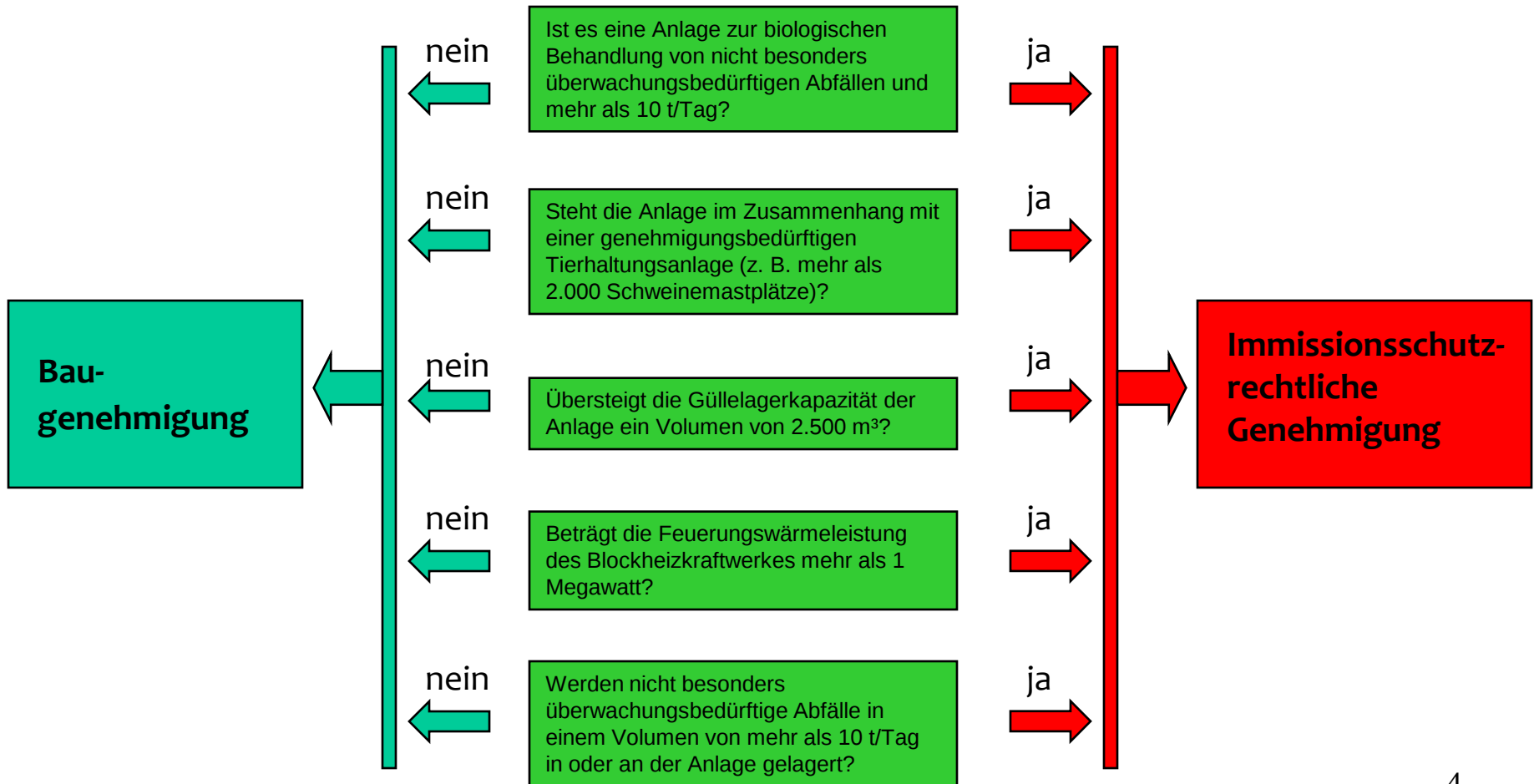
X Zutreffendes ankreuzen		Bitte stark umrandetes Feld nicht ausfüllen!	
1	☐ Bauantrag (§ 60 HBO) ☐ Bauvoranfrage (§ 66 HBO) ☐ konkrete Fragestellung erforderlich, bitte formlos beifügen	☐ Bauvoranfrage (§ 66 HBO) konkrete Fragestellung erforderlich, bitte formlos beifügen	
2 Baugrundstück		Bitte stark umrandetes Feld nicht ausfüllen!	
3 Bauvorhaben (nach Art und Nutzung, Gebäudeklasse)		Bitte stark umrandetes Feld nicht ausfüllen!	
4 Angaben zur Gebührenbemessung		Brutto-Rauminhalt nach DIN 277	
5 Bauherrschaft		Brutto-Rauminhalt nach DIN 277	
6 Entwurfsverfasserin		Brutto-Rauminhalt nach DIN 277	

BAB 01 / 2007 HWW/L Fortsetzung auf Blatt 2





Abgrenzung zwischen Baurecht und Immissionsschutzrecht



2.1 Bauplanungsrecht

Rechtliche Grundlage $\Rightarrow$ Baugesetzbuch (BauGB)

1. Bebauungsplan § 30 BauGB

2. Unbeplanter Innenbereich § 34 BauGB

3. Außenbereich § 35 BauGB



SCHWALM-EDER-KREIS

2. Baurechtliche Voraussetzungen

2.1 Bauplanungsrecht

**Biogasanlagen im Geltungsbereich eines
Bebauungsplanes** (§ 30 BauGB)

- Beurteilungsgrundlage sind die Festsetzungen des Bebauungsplanes

Einzelfallprüfung erforderlich !

- Gemeinde kann Bebauungsplan für einen abgestimmten Standort aufstellen



2. Baurechtliche Voraussetzungen

2.1 Bauplanungsrecht

Biogasanlagen im unbeplanten Innenbereich

(§ 34 BauGB)

Leitsatz: „**Die Anlage muss sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung einfügen**“



Art der Nutzung:

- vorwiegend dem Wohnen
- gemischte Nutzung
- gewerblich geprägte Nutzung



Maß der Nutzung:

Grundstücksausnutzung durch die vorhandene Bebauung in Grund- und Geschossflächenzahlen ausgedrückt



2. Baurechtliche Voraussetzungen

2.1 Bauplanungsrecht

Fazit: Je weniger Wohnnutzung und je mehr Gewerbebetriebe oder industrielle Anlagen am gewählten Standort vorhanden sind, um so eher wird sich die geplante Biogasanlage dort „einfügen“ und deshalb nach § 34 BauGB zulässig sein.

Aber: Gebot der Rücksichtnahme beachten!

- unzulässig, wenn Belästigungen oder Störungen die von der Anlage ausgehen können im Baugebiet selbst oder in deren Umgebung unzumutbar sind (§ 15 Baunutzungsverordnung – BauNVO-)



2. Baurechtliche Voraussetzungen

2.1 Bauplanungsrecht

Biogasanlagen im Außenbereich

(§ 35 BauGB)

**„Standorte im Außenbereich sind im Regelfall
am Besten geeignet“**

Der Gesetzgeber unterscheidet im Außenbereich zwischen **privilegierten** Vorhaben und **sonstigen** Vorhaben.

➤ **Privilegierte** Vorhaben (§ 35 Abs. 1 BauGB):

Vorhaben werden dem Außenbereich zugeordnet (generelle bzw. plangleiche Zuordnung)



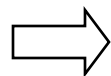
2. Baurechtliche Voraussetzungen

2.1 Bauplanungsrecht

Privilegierte Biogasanlagen nach § 35 Abs. 1 Nr. 6 BauGB

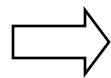
Voraussetzungen

Kapazität der Anlage



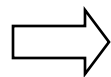
≤ 0,5 Megawatt elektrische Nennleistung

Betriebliche Einbindung



Zugehörigkeit zu einem land- bzw. forstwirtschaftlichen Betrieb

Räumlich-funktionaler
Zusammenhang mit dem
Betrieb



Objektiv erkennbare Zuordnung zur
Hofstelle bzw. Betriebsstandort



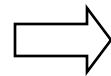
SCHWALM-EDER-KREIS

2. Baurechtliche Voraussetzungen

2.1 Bauplanungsrecht

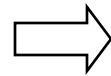
Weitere Voraussetzungen

Biomasse überwiegend
(> 50 %) aus dem eigenen
Betrieb



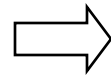
Gülle, nachwachsende Rohstoffe

Nur eine Anlage je Hofstelle
oder Betriebsstandort



Weitere Anlagen möglich, sofern die
planungsrechtliche Zulässigkeit gegeben ist

Rückbauverpflichtung



Nach Aufgabe der Nutzung ist die Anlage
zurückzubauen und die Bodenversiegelung zu
beseitigen.

-öffentlich rechtliche Sicherung erforderlich !



2. Baurechtliche Voraussetzungen

2.1 Bauplanungsrecht

Privilegierte Biogasanlagen nach § 35 Abs. 1 Nr. 3 BauGB

Anlagen die der öffentlichen Versorgung mit Elektrizität, Gas, Telekommunikationsdienstleistungen, Wärme und Wasser, der Abwasserwirtschaft oder einem ortsgebundenen gewerblichen Betrieb dienen



2. Baurechtliche Voraussetzungen

2.1 Bauplanungsrecht

Nicht **privilegierte** Biogasanlagen im Außenbereich

Sonstige, d. h. nicht privilegierte Vorhaben können im Einzelfall auf der Grundlage des § 35 Abs. 2 BauGB zugelassen werden, wenn

- Öffentliche Belange **nicht** beeinträchtigt werden

- z. B. ➤ Flächennutzungsplan
- Natur- und Landschaftsschutz
- schädliche Umwelteinwirkungen
- Denkmalschutz (Bodendenkmale)
- Hochwasserschutz
- Splittersiedlung



2. Baurechtliche Voraussetzungen

2.1 Bauplanungsrecht

**Unabhängig von der planungsrechtlichen Beurteilung,
muss die Erschließung der Anlage gesichert sein**

- Straßen, Wege
- Ver- und Entsorgungsleitungen



2. Baurechtliche Voraussetzungen

2.2 Bauordnungsrecht

Bauordnungsrecht $\Rightarrow$ **(Länderrecht)**
Rechtliche Grundlage **Hessische Bauordnung (HBO)**

Zuständige Genehmigungsbehörde für den zu stellenden Bauantrag ist i. d. R.
der Landkreis bzw. die kreisfreie Stadt



2. Baurechtliche Voraussetzungen

2.2 Bauordnungsrecht

Die Biogasanlage muss die Vorgaben der Hess. Bauordnung einhalten

- Abstände
- Standsicherheit (Statik)
- Brandschutz
- Bauteilanforderungen
-

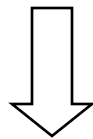


3. Genehmigungsverfahren

Baugenehmigung

Einstufung als Sonderbau § 2 Abs. 8 Nr. 17 Hessische Bauordnung

Nr. 17 „Sonstige bauliche Anlagen oder Räume durch deren besondere Art oder Nutzung die sie nutzenden Personen oder die Allgemeinheit in vergleichbarer Weise gefährdet oder unzumutbar benachteiligt oder belästigt werden können.“



Beurteilungsgrundlage § 58 HBO



SCHWALM-EDER-KREIS

3. Genehmigungsverfahren

Prüfumfang § 58 HBO

Bauplanungsrecht

Bauordnungsrecht

Baunebenrechte

- Denkmalschutz, Naturschutz, Wasserrecht, Straßenverkehrsrecht, kommunales Satzungsrecht
z. B. Gestaltung, Stellplätze





3. Genehmigungsverfahren

Der Bauantrag muss alle für die Beurteilung des Vorhabens erforderlichen Unterlagen enthalten, wie z. B.:

- Bauantragsvordruck
- Lageplan
- Freiflächenplanung
- Eingriffs- u. Ausgleichsplanung mit Ausgleichsberechnung
- Grundrisse, Schnitte, Ansichten aller baulichen Anlagen
- Technische Beschreibung
- Angaben zum Schallschutz und Immissionsschutz
- Statik
-



3. Genehmigungsverfahren

Die Bauaufsichtsbehörde

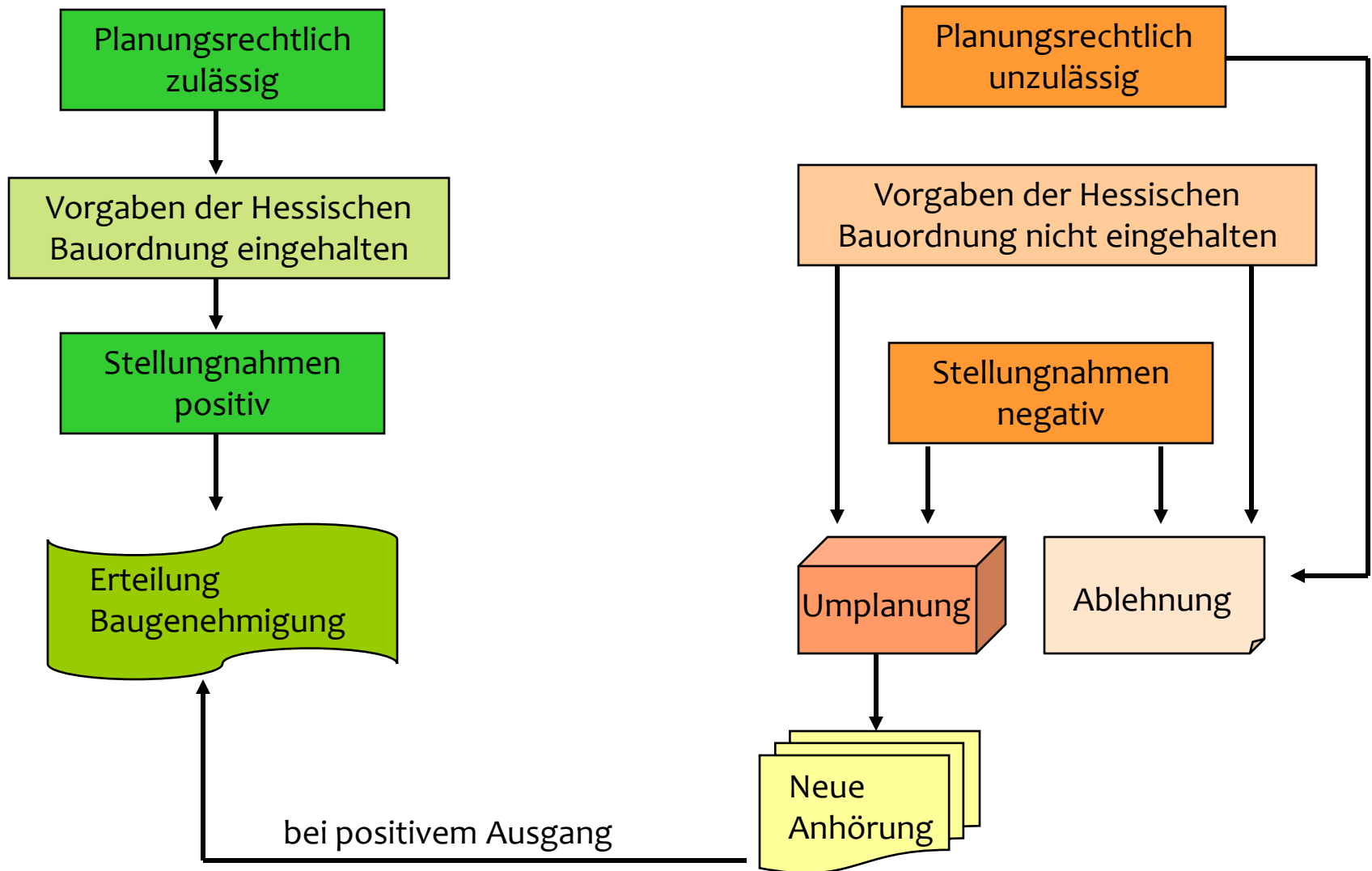


hört bzw. beteiligt zum Bauantrag die

➤ Gemeinde/Stadt

➤ die Stellen deren Beteiligung oder Anhörung durch
Rechtsvorschrift vorgeschrieben ist z. B. Naturschutz

➤ die Stellen ohne deren Stellungnahme die Genehmigungsfähigkeit des
Bauantrages nicht beurteilt werden kann z. B. Immissionsschutz,
Brandschutz





**Vielen Dank für *Ihre*
*Aufmerksamkeit!***

